

Aus Frankreich: Proteste verboten – Europas Weg zur Repression

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Dimitri Lascaris (DL): Guten Tag, ich bin Dimitri Lascaris und melde mich am 24. Oktober 2026 vom Place Bellecour im Zentrum von Lyon, der drittgrößten Stadt Frankreichs. Über mir im Hintergrund hören und sehen Sie – einen kleinen Punkt am Himmel –, einen Polizeihubschrauber, und überall um mich herum in diesem Bereich befinden sich Hunderte von Gendarmen, die hierher beordert wurden, da die Stadt Lyon heute ein vollständiges Verbot aller Demonstrationen, ob friedlich oder nicht, erlassen hat, das bis später am Abend in Kraft bleiben soll. Dies ist eine Maßnahme – eine zutiefst repressive Maßnahme –, die bereits von anderen Großstädten in Frankreich, darunter auch der Hauptstadt Paris, ergriffen wurde, obwohl mir bekannt ist, dass die Pariser Behörden in letzter Minute eine Ausnahmeregelung geschaffen oder genehmigt haben für Demonstrationen am Stadtrand, wo heute Vormittag eine Demonstration stattfinden sollte. Soweit ich das heute bei meinem Rundgang durch das Zentrum von Lyon feststellen konnte – ich bin am frühen Nachmittag aus der Schweiz hier angekommen –, gab es bislang nur sehr wenige Versuche, dieses äußerst repressive Verbot jeglicher Demonstrationen zu durchbrechen, obwohl ich einen Bericht auf Euronews gesehen habe, wonach es an der Université de Lyon, der Universität Lyon, einen Versuch gab, diese repressive Maßnahme zu umgehen, der von der Polizei der Stadt mit Tränengasgranaten beantwortet wurde. Vielleicht schaffe ich es etwas später dorthin, aber ich weiß nicht, ob dieser Protest noch andauert. Ich vermute, dass die Demonstranten dort bereits auseinandergetrieben wurden.

Der Hintergrund all dessen ist, dass heute vor einer Woche, am 17. Oktober, die „Gilets Jaunes“, die Gelbwesten, so lautet die deutsche Übersetzung von „Gilets Jaunes“, auf den Straßen französischer Städte waren, um sich den Studenten anzuschließen, die bereits seit Tagen gegen die abscheulichen Zustände im französischen Bildungssystem protestierten. Und an jenem Tag, dem Samstag der vergangenen Woche, eskalierten einige der Proteste – obwohl sie größtenteils friedlich verliefen – in geringem Maße. Dabei erlitten einige

Polizeibeamte leichte Verletzungen. Mir sind keine schweren Verletzungen bekannt. Auch von Todesfällen unter Polizeibeamten habe ich keine Berichte gesehen. Es kam zu erheblichen Sachschäden an einigen Geschäften, vor allem an Luxusboutiquen in Großstädten wie Lyon; auch Plünderungen gab es, wenn auch in begrenztem Umfang. Was die Sachschäden betrifft, so wurden vor allem Schaufenster zerbrochen. Auf meinem Weg hierher zu diesem zentral gelegenen Platz, dem Place Bellecour in Lyon, sah ich entlang einer der Straßen, die auf den Platz führen, eine ganze Reihe von Luxusboutiquen, die mit Brettern vernagelt waren, da ihre Schaufenster zerbrochen worden waren – hier sind einige der Eindrücke, die ich gewonnen habe.

Offensichtlich aus Angst vor einer Wiederholung der Ereignisse vom vergangenen Samstag – und angesichts der ernsthaften Fragen, inwieweit Polizisten in Zivil Gewalt provozierten oder selbst Gewalt auslösten, während sie sich als Demonstranten ausgaben – wurde dieses repressive Verbot erlassen. Was mich als europäischen Bürger, genauer gesagt als Bürger Griechenlands, zutiefst beunruhigt, sind die Erfahrungen, die ich selbst zum ersten Mal mit einem Demonstrationsverbot in Athen gemacht habe, Griechenland, am 7. Oktober, dem dritten Jahrestag des Völkermords in Gaza. Wie ich bereits über diesen Tag berichtet habe, war Marco Rubio zu Besuch in Athen. Er war tatsächlich bereits am Vortag in Athen eingetroffen – an welchem kein Demonstrationsverbot verhängt worden war –, doch am zweiten Tag, der zufällig der dritte Jahrestag des Völkermords in Gaza war, beschloss die Athener Polizei unter Berufung auf Sicherheitsbedenken hinsichtlich Marco Rubio, alle Demonstrationen zu verbieten. Ich wusste nicht, dass dieses Verbot in Kraft getreten war – ich hatte noch nie zuvor ein solches Verbot in Griechenland oder irgendeinem anderen Land erlebt –, und begab mich zu einem Ort, an dem eine Pro-Palästina-Demonstration stattfinden sollte, und als ich dort stand, mich umschaute, keine Demonstration sah und mich fragte, was vor sich ging, wurden ich und einige andere, die wie ich versuchten herauszufinden, warum die Demonstration nicht stattfand, von Bereitschaftspolizisten umzingelt und zur Hauptpolizeidienststelle abtransportiert, wo wir mehrere Stunden lang verhört und festgehalten wurden, ohne jedoch jemals wegen einer Straftat angeklagt zu werden. Nun komme ich also hierher nach Frankreich, und am Tag meiner Ankunft – siehe da – haben die großen Städte hier in Frankreich genau das getan, was Athen am 7. Oktober getan hat: Sie haben ein vollständiges oder fast vollständiges Verbot aller Formen von Protesten verhängt, einschließlich friedlicher Protestformen.

Ich halte dies für einen verhängnisvollen Ansatz – ganz abgesehen von der grundlegenden Verletzung grundlegender bürgerlicher Freiheiten in den sogenannten Demokratien des Westens – und bin der Ansicht, dass dies schlichtweg nicht funktionieren wird. Letztendlich wird das französische Volk sich erheben; es wird dies nicht auf unbestimmte Zeit hinnehmen, bis seine grundlegenden Missstände behoben sind – und es hat viele grundlegende Missstände. Lassen Sie mich diese für Sie zusammenfassen, oder zumindest einige davon. Zunächst einmal fanden im Jahr 2024 Parlamentswahlen statt; das war das letzte Mal, dass hier in Frankreich Parlamentswahlen auf nationaler Ebene abgehalten wurden. Bei dieser Wahl errang eine Koalition linker Parteien, zu deren Führern Jean-Luc Mélenchon zählt, die meisten Sitze. Sie gewannen 180 der 577 Sitze im Parlament. An zweiter Stelle lag die Partei

von Emmanuel Macron mit etwa 159 Sitzen. Hinter dieser Partei lag die rassistische, einwanderungsfeindliche Partei von Marine Le Pen, Front National. Und dann folgte mit großem Abstand auf dem vierten Platz eine weitere Partei namens Les Républicains, die Republikaner. Und obwohl eine Koalition linksgerichteter Parteien diese Parlamentswahl gewann – sie errang zwar keine Mehrheit, verfügte jedoch über die größte Anzahl an Sitzen –, beschloss Emmanuel Macron, jemanden aus seinem eigenen ideologischen Lager zum Premierminister zu ernennen, anstatt den vom Wahlsieger ausgewählten Kandidaten zu berufen; diese Person blieb jedoch nicht lange im Amt. Und der derzeitige Premierminister Frankreichs, Sébastien Lecornu, gehört Macrons Partei an; er ist ein Neoliberaler und ein Kriegsbefürworter und hat so gut wie nichts mit den Parteien gemeinsam, die die Wahl tatsächlich gewonnen haben, oder zumindest mit der Koalition der linksgerichteten Parteien.

Darüber hinaus stellte er einen Haushaltsplan vor – einen Sparhaushalt für das Jahr 2027 –, der das Leben der ohnehin schon in Schwierigkeiten befindlichen französischen Bevölkerung noch weiter erschweren wird. Der Haushalt sieht Berichten zufolge eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vor, die unverhältnismäßig stark auf den Schultern der einfachen französischen Bürger lasten wird. Es ist geplant, die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einzufrieren, obwohl die Lebenshaltungskosten vor allem aufgrund der vom Macron-Regime unterstützten Kriege – nämlich des Stellvertreterkriegs in der Ukraine und des verbrecherischen Angriffskriegs gegen den Iran – in die Höhe schnellen. Zudem ist geplant, alle Renten bis auf die aller niedrigsten einzufrieren – und das wiederum in einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten sprunghaft ansteigen. Man wird weiterhin unverschämt viel Geld für das Militär ausgeben und auch den Krieg in der Ukraine weiter finanzieren – zumindest ist dies der Plan. Und natürlich gibt es die schwerwiegenden Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten der französischen Bevölkerung, die wir hier heute in Echtzeit miterleben. Das französische Volk hat also reichlich Grund zur Unzufriedenheit. Dies ist keine Protestbewegung, die von Muslimen, Schwarzen Afrikanern oder Arabern angeführt wird; es handelt sich um einen landesweiten Protest, an dem sich Menschen aller ethnischen und religiösen Hintergründe beteiligt haben, und sie haben eines gemeinsam: den zunehmend ungerechten Charakter der französischen Gesellschaft.

Und ich hätte auch erwähnen sollen, dass in dem von der Macron-Regierung für 2027 geplanten Haushalt – sofern diese so lange im Amt bleibt – davon ausgegangen wird, dass weniger Einnahmen aus der Körperschaftsteuer erzielt werden. Offenbar werden also die Steuern für Konzerne gesenkt, während gleichzeitig die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie die meisten Renten eingefroren und die Mehrwertsteuer erhöht werden. Das ist der Fanatismus, mit dem dieses Regime die Sparpolitik verfolgt, und offen gesagt verfügt es über keinerlei demokratische Legitimität. Macrons Zustimmungsrate liegt mittlerweile im Zehner-Bereich, ich weiß nicht genau, irgendwo bei 13 oder 14 Prozent; er wird weithin verachtet, und angesichts der völlig berechtigten Beschwerden der überwiegenden Mehrheit der französischen Bevölkerung fällt ihm nichts weiter ein als leere Floskeln und immer mehr Repression. Was wir am 7. Oktober in Athen gesehen haben, was wir heute hier in Frankreich erleben, ist ein Vorbote künftiger Entwicklungen. Sie normalisieren nach und nach immer mehr die Einschränkung unserer grundlegenden

bürgerlichen Freiheiten. Und wenn wir uns nicht erheben und dem jetzt Einhalt gebieten, werden wir eines Tages aufwachen und keine Meinungsfreiheit mehr haben, keine Versammlungsfreiheit mehr, und nicht einmal mehr die Fähigkeit, selbstständig zu denken. Dorthin führt der Weg in der zunehmend korrupten und antidemokratischen Europäischen Union.

Besonders beunruhigend ist nun zusätzlich zu diesen Ereignissen, dass es gestern in einem Vorort von Paris namens Trappes zu einem rassistischen, tödlichen rassistischen Angriff kam. Der mutmaßliche Täter, der von den Medien als Kevin T. bezeichnet wurde – sein Nachname wurde nicht vollständig veröffentlicht – hatte offenbar eine automatische oder halbautomatische Waffe und begann, im Zentrum oder in der Nähe des Zentrums dieses Pariser Vororts auf Zivilisten zu schießen. Dabei tötete er einen 26-jährigen Mann, offenbar afrikanischer Herkunft, und verletzte zudem fünf weitere Zivilisten, darunter ein 12-jähriges Mädchen, das von mehreren Kugeln – soweit ich weiß, acht – getroffen wurde und sich in einem kritischen Zustand befindet. In der Nähe befand sich eine Moschee, und möglicherweise interessiert es Sie zu erfahren, dass die Gemeinde Trappes von der extremen Rechten in diesem Land als Brutstätte gewalttätigen islamistischen Extremismus angesehen wird. Das ist natürlich völliger Unsinn. Zufällig gibt es dort einfach einen überproportional hohen Anteil an Muslimen sowie Menschen arabischer und Schwarzer Herkunft, und Präsident Macron hat diesen Angriff als rassistischen Terroranschlag bezeichnet – eine Formulierung, die in den französischen Konzernmedien immer wieder aufgegriffen wurde, obwohl es sehr wohl den Anschein hat, dass der Beschuldigte durch Hass auf Muslime, Afrikaner und Araber motiviert war. Tatsache ist: Jedes Mal, wenn ein korrupter und autokratischer Staatschef wie Macron das Wort „Terrorismus“ in den Mund nimmt, sollten Sie sehr besorgt sein, denn dieses Konzept wird zur Rechtfertigung weiterer Eingriffe in die bürgerlichen Freiheiten instrumentalisiert.

Es würde mich daher keineswegs überraschen, wenn Macron und seine Regierung, nachdem sie diese Gräueltat als terroristischen Anschlag bezeichnet haben, alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um dieses Verbrechen auszunutzen und die bürgerlichen Freiheiten der gewöhnlichen französischen Bürger – insbesondere der Menschen aus dem Globalen Süden, die mittlerweile hier leben und Staatsbürger dieses Landes sind – noch stärker einzuschränken; und zwar unter dem Vorwand, dass er diese Einschränkungen zu deren Schutz verhängt; so funktioniert dieses Spiel nun einmal. Daher lehne ich die Verwendung des Begriffs „Terrorismus“ durch westliche Staats- und Regierungschefs ab, da sie mit zweierlei Maß messen und das Konzept des Terrorismus ausnutzen, um imperialistische Politik nicht nur im Globalen Süden, sondern sogar in ihren eigenen Ländern gegen Menschen aus dem Globalen Süden zu betreiben. Ich werde mich nun also in andere Teile von Lyon begeben, um nach mutigen Menschen Ausschau zu halten, die sich entschlossen haben, dieses antidemokratische Verbot friedlicher Proteste in Frage zu stellen. Und sollte es mir gelingen, solche Menschen zu finden, werde ich Ihnen selbstverständlich davon berichten. Ich habe vor, noch mindestens eine weitere Woche im Land zu bleiben. Und ich gehe derzeit davon aus, dass dieses Verbot nicht mehr lange eingehalten wird – vorausgesetzt, die Menschen werden es überhaupt noch den Rest des heutigen Tages tolerieren. Ich

verabschiede mich heute aus Lyon, Frankreich, am 24. Oktober 2026.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail:
PayPal@acTVism.org

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
